

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beitzelle oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Heftblatt 30 Pf.

## Samoā.

Aus den letzten offiziellen Berichten über den Stand der Dinge auf Samoa war ein eigentümliches Licht auf die seltsame Art, wie der Oberste Oberbefehlshaber seines Amtes gewaltet, gefallen. Es scheint, daß dieser gleichfalls das Bedürfnis gefühlt hat, sich gegen die gegen ihn gerichteten Beschwerden zu rechtfertigen; denn es werden jetzt Bruchstücke eines Briefes von ihm veröffentlicht, der, wenn auch an eine Privatadresse gerichtet, doch für die Öffentlichkeit bestimmt scheint. Freilich wird man ihm eher eine Befestigung denn eine Zurückweisung seiner Anklagen entnehmen können. Im Grunde des obersten Richters von Samoa nimmt sich jedoch die Behauptung sehr befremdend an, daß die weiße Bevölkerung dort mit ganz wenigen Ausnahmen aus entlaufenen Seelen und ähnlichen Unmenschen bestehe. Es mag sein, daß es auch an abenteuerlichen Elementen dort nicht fehlt; in den Urwäldern der letzten Jahre haben sie sich ja wiederholt bemerkbar gemacht. Aber daß sie die überwiegende Mehrheit der weißen Bevölkerung ausmachen, steht mit anderen Berichten in direktem Widerspruch und ist eine Verleumdung der zahlreichen deutschen Kaufleute auf den samoanischen Inseln. Selbst wenn man sich auch die Behauptung aus, daß die Konfuzi-Kulte ungünstig geäußert hätten, die Samoa-Akte dürfe gar nicht ernst genommen werden. Sie haben sich allerdings bemüht, einer Auslegung dieser Akte Widerspruch entgegenzusetzen, die weder mit dem Wortlaut noch mit dem Geiste derselben im Einklang stand. Insbesondere trifft das auf die von dem Bericht angeordnete Neuvermessung der Ländereien zu. Es ist nicht der Wahrheit entsprechend, wenn dieser jetzt in seinem Briefe behauptet, daß eine Neuordnung über die Neuvermessung fast ein Jahr in Kraft gewesen; dann aber von der deutschen Regierung, soweit deutsche Besitztümer in Betracht kämen, beanstandet worden sei. Der deutsche Konsul hat sofort gegen eine ganz überflüssige, dafür aber um so kostspieligere Neuordnung Einspruch erhoben, der von der deutschen Regierung gebilligt und auch von den anderen Vertragsmächten als berechtigt anerkannt worden ist. Thatsache ist es freilich, daß Herr Geederant trotz des erfolgten Einspruchs des deutschen Konsuls einen schwedischen Landsmann, den Dr. Hagberg, den er bei seiner wider den Willen der Konsuln internierten Vernehmungsfahrt nach Fiti kennen gelernt hatte, als Geometer mit einem Monatsgehalt von 100 Dollar und einem Anteil an den Vermessungsgebühren angestellt hatte, der jenen Herrn noch obenhin eine Einnahme von 15000 Dollar Gold gesichert haben würde. Der Brief des Herrn Geederant beweist nur, daß in der That neue Schritte der Mächte zur Herstellung geordneter Zustände auf Samoa unerlässlich sind, und es scheint fast, als ob ein Personenwechsel allein nicht genüge, als ob es grundsätzlicher Veränderungen bedürfe.

## Deutschland.

Berlin, 7. April. Der Verteidiger Ahlwardts, Rechtsanwalt Hertwig (Charlottenburg), hatte sich gestern vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer im Bezirk des Kammergerichts wegen seines Verhaltens in dem „Judenintenden-Prozess“ zu verantworten. Die Verhandlungen fanden in einem Sitzungssaale des Kammergerichts statt und wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Nur Rechtsanwältinnen hatten zu diesen Verhandlungen Zutritt. Den Gerichtshof bildeten: Justizrat Heilborn (Vorsitzender) und die Justizräte Haack, Matzner, Feise und Wegener (Beisitzer). Die Oberstaatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Dr. Sperling, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Klübs. Als Protokollführer fungierte Rechtsanwalt Dr. Menge. Als Zeugen waren geladen: der erste Staatsanwalt am Landgericht Berlin I, Dr. Freiser, der Vorsitzende im „Judenintenden-Prozess“, Landgerichtsdirektor Brauwendter, ferner Justizrat Gerth, der in dem Prozess als Vertreter der Nebenkläger Oberstaatsanwalt A. D. Kühne und des Fabrikanten J. Böve fungiert hatte, und der Parlamentarisch- stenograph Dr. Eduard Engel. Letzterer hatte im Auftrage der genannten Nebenkläger die Verhandlungen des Ahlwardt-Prozesses stenographiert. Dem Angeklagten, Rechtsanwalt Hertwig, war zur Last gelegt: 1) die Verschleppung der Sache durch mehrere Beweise bezug. Verlagsanträge bezüglich, 2) durch Angriffe auf die militärischen Sachverständigen und 3) durch Angriffe auf den Gerichtshof die Grenzen der Kritik überschritten zu haben. Die Angriffe auf den Gerichtshof wurden darin gefunden, daß Rechtsanwalt Hertwig sein Verteidigungsmandat niederlegte und dabei dem Gerichtshof zurief: „Ich lehne es ab, einen Mann noch ferner zu verurteilen, der, wie aus der soeben vernommenen Ablehnungsbegründung wiederum ersichtlich, bereits verurteilt war, noch ehe er ein Wort gesprochen hatte.“ Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft beantragte 2000 Mark Geldstrafe und einen Verweis auszusprechen. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung, eventuell nur auf einen Verweis zu erkennen. Nach langer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Justizrat Heilborn, etwa folgendes Erkenntnis: Der Gerichtshof hat betreffs des ersten Aufnahmepunktes auf Freisprechung erkannt. Der Gerichtshof hat nicht die Überzeugung gewonnen können, daß der Angeklagte durch die Stellung der Beweisanträge eine Verschleppung der Angelegenheit hat erzielen wollen. Der Gerichtshof glaubt vielmehr der Versicherung des Angeklagten, daß er früher, als er es gethan, nicht in der Lage war, die Beweisanträge zu stellen. Es erscheint glaublich, daß die Stellung der Beweisanträge sich erst aus dem Gange der Verhandlung ergeben hat. Dagegen hält der Gerichtshof in den beiden anderen Aufnahmepunkten die Grenzen der Kritik für überschritten und hat dafür einen Verweis als angemessene Sühne erachtet.

Zu den heute beginnenden Verhandlungen der dritten Landesversammlung der internationalen kriminalistischen Vereinigung, Landesgruppe Deutsches Reich, sind ziemlich zahlreiche Teilnehmer eingetroffen. Heute Abend fand in dem Hotel „Der Jahreszeiten“ die Begrüßung der Gäste statt, unter welchen sich Professor v. Kisthake und der Staatssekretär v. Mayer-Strasburg (Erfurt), Geheimrath Seufert-Dorn, Reichsrath v. Kisthake, Geheimrath Fuchs-Karlshausen, Oberstaatsanwalt Dalk-Strasburg, Justizrat v. Vandrigher Dr. Althoff befanden.

Durch den neuen Erlass über die zukünftige Ausbildung des Offizier-Erfasses sind auch die Begünstigungen für die Kadetten bezug. Offizier-Abspiranten fortgefallen, welche zu den bisherigen abgeleiteten Kriegsschulturnen bereits nach zwei- bezug. dreimonatlicher Dienstzeit bei der Truppe einberufen werden konnten. Fortan ist für alle Kategorien eine sechsmonatliche Dienstzeit bei der Truppe erforderlich, wodurch eine bessere praktische Vorbildung gewährleistet wird. Durch den neuen Erlass hat dagegen die frühere Bestimmung keine Aenderung erfahren, wonach die Anmeldung und Zulassung der Offizier-Abspiranten zu den in Berlin abzuhaltenden Prüfungen ohne Innehaltung bestimmter Termine, sobald mindestens zehn Aspiranten angemeldet sind, erfolgen kann. Dies betrifft besonders solche Aspiranten, welche bereits eine Zeit lang studiert haben und deshalb die Befreiung vom Kriegsschulturn nachsuchen können. Ebenso ist auch die Bestimmung in Kraft geblieben, wonach von der Vorberingung des Prädikats „ziemlich gut“ in der Mathematik für den Eintritt bei der Artillerie und dem Pionierkorps abzusehen ist, gleichfalls bei allen Aspiranten von der obligatorischen Unterfertigung einer Arbeit im Planzeichnen in der Portefolioschulturnprüfung. Die ersten Lehrgänge nach dem neuen Erlass beginnen am 9. April auf der Kriegsschule in Glogau, am 16. April auf der Kriegsschule in Kassel; die späteren Termine werden jedesmal durch das Armeeverordnungsblatt bekannt gegeben.

Die Entscheidung über die Militärfrage wird sich länger verzögern, als man bisher annahm. In der letzten Sitzung der Kommission vor der Verlegung war für die Verlegung und Feststellung des Berichtes, welchen der Abg. Gröber (Zentrum) zu erstatten hat, die Zeit zwischen dem 14. und 17. April in Aussicht genommen worden. Es scheint aber, daß Herr Gröber bis dahin nicht fertig wird, denn die „Germ.“ theilt „auf Grund zuverlässiger Informationen mit, daß der Bericht keinesfalls vor Ende April in der Kommission zur Verlesung und Feststellung gelangen wird.“ Das ist in der That eine Ueberraschung. Man dürfte vier Wochen um so mehr als ausreichende Frist für die Erstattung des Berichtes erachten, da die Kommission den finanziellen Theil durch ihre eingehenden Beschäftigungen hierüber schon demselben selbst angefertigt hatte. Wäre der gegenwärtigen Regierung die Fähigkeit zuzutrauen, noch einen Ausweg aus der von ihr herbeigeführten Krise zu finden, so könnte man in der weiteren Verzögerung der Entscheidung vielleicht einen günstigen Umstand erblicken. Unter den obwaltenden Umständen aber wird es lediglich auf eine Verlängerung der Ungelegenheit hinauskommen; die etwaigen Neuabgaben würden in der zweiten Hälfte des Juni stattfinden, wenn die Verhandlung im Plenum des Reichstags, wie es nunmehr der Ansicht hat, nicht vor Mitte Mai beendet sein kann.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Die zweite Abstimmung über das Wahlgesetz erfolgt in der Form der dritten Beratung. Die bei der dritten Beratung zu den einzelnen Paragraphen gestellten Abänderungsanträge sind demnach neu einzubringen und werden vorbereitet. Ueber das ganze Gesetz wird namentlich eine Abstimmung beantragt werden. Die Anwesenheit aller Fraktionsmitglieder ist demnach dringend erforderlich.“

Insterburg, 6. April. Die Generalversammlung des „Landwirtschaftlichen Zentralvereins“ für Litauen und Masurien hat, im Gegensatz zum engeren Ausschuss, die Beteiligung des Hauptvorsitzenden an der Ueberreichung der Denkschrift an Se. Maj. den Kaiser mit 201 gegen 134 Stimmen gebilligt.

Aus Thüringen, 4. April. Seit etwa drei oder vier Jahren ist in Thüringen die antisemitische Bewegung, gestützt und befördert durch einen zu diesem Zweck in Erfurt gegründeten Verein, in lebhaftem Aufschwung, ohne indessen, mit Ausnahme etwa der beiden meiningischen Wahlkreise und des Eisenacher Oberlandes, der Sympathie größerer Bevölkerungskreise theilhaftig zu werden. Die Führer der nationalliberalen Partei in den einzelnen thüringischen Wahlkreisen, an ihrer Spitze der Landesvorsitzende der nationalliberalen Partei in Thüringen, haben sich durch diese Bewegung in der Förderung ihrer Aufgaben nicht beeinträchtigen lassen, sie haben vielmehr, die längst beschlossene Bahn innehaltend, den Interessen des landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittelstandes durch die Verfolgung konsequenter erreichbarer Ziele in uneigennütziger Weise zu dienen versucht. Der Vorstand und Ausschuss des nationalliberalen Reichsvereins zu Jena hat sich indessen angefangen der wachsenden antisemitischen Bewegung im Wahlkreise Jena-Neustadt jetzt veranlaßt gesehen, seine Stellung zu dieser Bewegung genau zu bestimmen und die Forderungen namhaft zu machen, deren Erfüllung er den aus dem Mittelstande herausstehenden Klagen gegenüber als dringend notwendig erachtet. Der darauf bezügliche Bescheid ist der Zentralleitung der nationalliberalen Partei zur Kenntniß gebracht worden und lautet also:

„Die Schädigungen, welche dem jüdischen Einfluss zur Last gelegt werden, sind nach unserer Ueberzeugung durch eine gegen die Juden gerichtete Ausnahmegesetzgebung nicht zu beseitigen. Einem Veruche dieser Art würden sich sofort unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Wir wollen nicht davon reden, daß es ungerecht sein würde, die Gemeinschaft der Juden für die Vergehen eines Theiles zu lassen; ebenso ungerecht, Ausnahmegegese gegen eine Genossenschaft zu richten, deren Mitglieder ihr nicht durch Wahl, sondern durch den Zufall der Geburt angehören; wir begnügen uns vielmehr, von den Gründen gegen eine Ausnahmegesetzgebung die nachstehenden hervorzuheben: a. Da dem Staat gegenüber derjenige als Zuteil gelten kann, welcher der mosaischen Religion angehört, so würden durch eine etwaige Gesetzgebung gegen die Juden viele Persönlichkeiten nicht betroffen werden, gegen welche sich die antisemitische Bewegung ebenso sehr richtet wie gegen diejenigen Juden, welche ihrem väterlichen Glauben treu geblieben sind. b. Da man sich selbstverständlich ist, daß eine starke Minorität, welche die Ausnahmegegese nicht billigt, stets gegen dieselbe agitiren würde, so würde die antisemitische Bewegung durch derartige Gegese nicht beruhigt, sondern vielmehr verewigt werden. c. Wenn die begabten und strebsamen Juden von den gelehrten Berufen ausgeschlossen würden, so würden sie naturgemäß gerade denjenigen Beschäftigungen zugezogen werden (Presse, Börse),

bei denen die Judenenschaft schon jetzt in zu großer Zahl theilhaftig ist. Die Abhilfe liegt unseres Erachtens zunächst in den Händen der bürgerlichen Kreise selbst. Aber auch Maßnahmen, mit denen der Staat und seine Behörden befähigt eingreifen können, sind in Betracht zu ziehen, jedoch in der einzig möglichen Richtung, daß sie ihre Schärfe gegen die Schäden überhaupt wenden und allgemeiner Natur sind. Wir heben folgendes hervor: 1. Die Verwaltung kann schon bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung hinreichend dafür sorgen, daß Ausländer, gegen welche Bedenken vorliegen, von der Ansiedlung in Deutschland ferngehalten werden. 2. Die Verwaltungsbehörden (Landräthe, Bezirksdirektoren) können angewiesen werden, zum Schutz ihrer Bezirksangehörigen, welche der Ueberbeurteilung durch gereiftenlose Geschäftsleute wegen Nothlage oder Unerfahrenheit besonders ausgesetzt sind, thätigst einzuschreiten, so beispielsweise durch Förderung bereits bestehender oder noch zu gründender Schulvereine, geeignete Belehrung und Warnung. 3. Durch gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts ist jede Art betrügerischer und wucherischer Ausbeutung zu bekämpfen. Wir begnügen den Gesetzentwurf betreffend die Abzahlungsgehefte als einen ersten, ernstlichen Anfang in dieser Richtung und sprechen die Hoffnung aus, daß in Bälde ein Gesetz zu Stande kommt, durch welches die Mißstände an der Börse getroffen werden. 4. Die von anderen Parteien eingebrachten Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung hervorragender Mißstände, z. B. gegen den Kellenschwindel und zur Ergänzung der Kontostrenge, scheinen uns, ohne daß wir alle Einzelheiten dieser Entwürfe billigen wollen, der Unterstützung werth zu sein. Wir halten es ferner für notwendig, daß den Schädigungen des mittleren und kleinen Gewerbestandes, welche durch Massenaufläufe, den unpoliten Hausirhandel, die sog. Wanderlager und ähnliche Unternehmungen erfolgen, durch gesetzgeberische Maßnahmen entgegengetreten wird. Indem unsere Partei an dieser Art von Gesetzgebung eifrig mitarbeitet, wird sie zum Schutz und zur Hebung unseres Mittelstandes und zur Herbeiführung des inneren Friedens, dessen wir so dringend bedürfen, erfolgreich beitragen, als durch eine die Verhältnisse erregende Agitation geschehen kann, wie wir sie der antisemitischen Partei zum Vorwurfe machen müssen.“

Bonn, 6. April. Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich ist heute Nachmittag zu mehrtägigem Besuche bei dem Prinzen und der Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe hier eingetroffen.

Gießen, 6. April. Se. Maj. der Kaiser wird auch in diesem Jahre an der Auerhahnjagd beim Grafen Görtz-Schlicht theilnehmen. Der Besuch Se. Majestät wird im Schlosse Schlicht in der ersten Hälfte des Mai erwartet.

Zutgart, 6. April. Zum Geographentag sind auch aus Paris, Lille, Brüssel, Florenz, Rom und aus den Niederlanden Vertreter geographischer Gesellschaften eingetroffen. Die heutige Präsenzliste weist 514 Namen auf.

Strasbourg i. G., 6. April. Die feierlichen Veranstaltungen, welche gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers in den Reichsländern auszuführen werden sollen, wurden bei der jüngsten Anwesenheit des Statthalters von Elsaß-Lothringen in Berlin in ihren Grundzügen festgelegt. Danach soll bei den diesjährigen Kaisermandieren ein besonderer Glanz entfaltet werden; die Einladungen an die europäischen Fürsten sind in sehr umfangreicher Weise erfolgt. Seitens der meisten ausländischen Staaten werden die Vörschläger als Vertreter ihrer Souveräne den Mandieren beiwohnen. Außer dem Kaiser werden die meisten Bundesfürsten erscheinen. Das Gefolge soll sehr zahlreich werden. Ein Vertreter des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Italien werden erwartet. Die Kaiserparade über das 8. Armeekorps findet bei Euren (Erier) statt. Die große Parade über das 16. Armeekorps und die kombinierten Brigaden wird in der Nähe von Metz abgehalten werden. An der Parade soll auch die 10. bairische Infanterie-Brigade theilnehmen, die für die Zeit der großen Manöver die Befragung von Metz bilden wird. Neben den großen militärischen Veranstaltungen sind glänzende Festlichkeiten seitens der Städte geplant, welche der Kaiser besuchen wird.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. April. Prinz Ferdinand von Bulgarien trifft morgen früh mit großem Gefolge zu mehrtägigem Aufenthalte in Wien ein.

Peft, 6. April. Nach übereinstimmenden Meldungen soll die Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit dem deutschen Kaiser bei den Manövern Mitte September in Ungarn stattfinden.

## Belgien.

Brüssel, 5. April. Alles schon einmal dagewesen — so kann man gegenüber dem fabelhaften Stoff des Mannheimer Schneidemeisters Dove mit dem alten Ben Aliba ausrufen. Nachdem die Entdeckung Doves in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, fand bald darauf fast jedes Land, daß auch es einen Dove besäße oder besitzen habe. Die Geschichte von dem belgischen Dove, welche ich Ihnen wiedergebe, ist nun verübt; was die Brauchbarkeit des fabelhaften Stoffes des Melchior Dierckx — so nennt sich der verstorbene belgische Dove — allerdings nicht erhöht. Melchior Dierckx war Schulmeister in einem Dorf bei Antwerpen, Meerhout. Die Geschichte datirt schon von ziemlich langer her. Vor etwa 40 Jahren kam eines schönen Sonntags Dierckx in der Vogenschliffengilde von Meerhout an, indem er unter dem Arme eine dunkle Platte, welche mit einem Netz von engen Maschen bedeckt war, trug. Er forderte seine Kollegen auf, die Platte als Zielscheibe für ihre Pfeile zu nehmen. Nun muß man allerdings wissen, daß der slämische Bogen und Pfeil, die Waffe bei dem nationalen Bogenschießen, welches in ganz Belgien, wie in Deutschland das Kegeln betrieben wird, gewaltige, starke und gefährliche Waffen sind. Die Pfeile prallten alle von der Platte ab, man versuchte es hierauf mit Gewehrschüssen, welche indes ebenfalls erfolglos blieben: die Kugeln platteten sich ab und fielen, an der Platte abprallend, herunter. Ursprünglich glaubten die guten Kollegen des Schulmeisters, daß es sich um ein Tüfelfest handelte. Allein das Gerücht von dem fabelhaften Stoff des Schüfers von Meerhout drang in die Öffentlichkeit und Antwerpener und Brüsseler Kaufleute machten dem Melchior

Dierckx die glänzendsten Anerbietungen, da kam das belgische Ministerium dazwischen. Die Sache zog sich hinaus und Melchior Dierckx, welcher schon das Glück vor sich sah, starb arm und enttäuscht im Jahre 1864 ohne irgend welche Nachricht von seiner fabelhaften Platte erhalten zu haben, welche gewiß zwischen irgend einem bestäubten Altenbunde des Kriegsministeriums liegt.

## Frankreich.

Als ein Sammelkreuz der abgedroschenen Phrasen kennzeichnet sich die gestern in der Deputiertenkammer und im Senat verlesene Erklärung des Ministeriums Dupuy. Es liegt folgender Auszug aus derselben vor:

„Die Regierung verkennt nicht die Schwierigkeiten der allgemeinen Lage, aber sie könne mit Verleumdung die vollkommene Ruhe im Lande und dessen beständiges Vertrauen zu der Republik konstatiren. Dies zeige sich, indem die belagerten Zwischenfälle der letzten Monate trotz der Bemühungen, sie zu politischen Zwecken auszunutzen, weber die Kräftigung der Republik noch den traditionellen Ruhm, die Rechtschaffenheit und die Ehre Frankreichs beeinträchtigt hätten. Das nationale Gewissen habe die daraus folgende Lehre verstanden, daß Wohlstand und Vermögen nur durch Arbeit erworben und durch sittliche Erhebung erhalten werden können. Frankreich könne mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Jeder Tag bezeuge die Ueberzeugung der allgemeinen Stimmrechts mit den demokratischen Bestrebungen und den republikanischen Institutionen. Das sichere Mittel, Frankreich und die Republik endgültig zu identifiziren, sei, die Verwaltung an allen Stellen mit Erntbarkeit, Wohlwollen, Gerechtigkeit und dem allgemeinen Wohl entsprechend zu führen. Die Regierung lade das Parlament ein, dem Lande den Eindruck eines normalen parlamentarischen Lebens zu schaffen und sich streng an dasjenige Arbeitsprogramm zu halten, welches die Legislaturen würdig abschließen. Namentlich würden die sozialen und ökonomischen Gegese und die Gegese über die Produktivitätsgesellschaften und die landwirtschaftlichen Kreditvereine zu beraten sein. Das nächste Werk der Kammern sei die alsbaldige Vorlegung des Budgets pro 1893. Die Regierung werde mit allen Kräften auf die Verständigung der Kammer mit dem Senat hinarbeiten, sie hoffe, daß ein neues prosperierendes Zustiel nicht erforderlich sein werde, und daß sie rechtzeitig das Budget pro 1894 werde einbringen können. Die Erklärung drückt zum Schluß die Erwartung aus, daß die Kammern ihre Mitwirkung einem Kabinete nicht verweigern werden, dessen Mitglieder Männer von richtigem Willen seien, welche ihre ganze Ergebenheit und Leib und Seele der Republik und Frankreich widmeten.“

Es gehört eine dreiste Stirn dazu, vom beständigen Vertrauen des Landes zur Republik zu reden. Nicht minder unerhört ist die Behauptung, daß die Rechtschaffenheit und Ehre Frankreichs durch die Panama-Skandale nicht beeinträchtigt worden seien. Etwas mehr zur Situation passend ist schon die Mahnung zu ständiger Erhebung und das Versprechen, die Verwaltung des Landes ernst, d. h. ehrlich zu führen. Das thut dem Lande in erster Linie noth!

Paris, 6. April. Deputiertenkammer. Nach der Verlesung der ministeriellen Erklärung nahm die Kammer auf Verlangen des Finanzministers Peytral die letzten Artikel des Budgets und das Budget im Ganzen nach den zuerst gestellten Beschüssen an. Peytral verpflichtete sich, ein Einvernehmen mit dem Senat herbeizuführen zwecks Vorlegung der Vorlesener. Die Sitzung wurde suspendirt, um die Wiedereröffnung des Senats zu erwarten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung vertagte sich die Deputiertenkammer bis zum 25. April.

Senat. Der Justizminister Guérin verlas die bereits gemeldete ministerielle Erklärung, welche beifällig aufgenommen wurde. Der Finanzminister Peytral brachte darauf das Budget ein. Dasselbe wurde der Finanzkommission überwiesen, worauf sich der Senat bis zum 25. April vertagte.

## Italien.

Rom, 6. April. Das Zentralkomitee beschloß die Vorbereitung einer großartigen Volkskundgebung für das Königspaar anlässlich dessen silberner Hochzeit, woran sämtliche Vereine Roms und der Provinzen theilnehmen werden.

Die „Riforma“ veröffentlicht einen scharfen Artikel gegen das italienische Konsulat in Hamburg, welches einer schweren Brutalität gegen daselbst hülfsuchende mittellose Italiener beschuldigt wird.

Neapel, 6. April. Die Kaiserin von Oesterreich ist heute an Bord des „Miramar“ nach Capri abgereist und wird sich von dort direkt nach Corsica begeben.

## Spanien und Portugal.

Madrid, 6. April. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wurde der bisherige Minister des Auswärtigen, Armijs, zum Präsidenten der Kammer gewählt.

## Großbritannien und Irland.

London, 5. April. Die Ausstellung der Gemälde Meissonier's, welche in Paris einen so großartigen Erfolg nicht allein in der Kunstwelt, sondern auch beim gesammten gebildeten Publikum hatte, wird in einigen Tagen nach der englischen Hauptstadt verbracht werden. Man wird dieselbe in den Gallerien der Herren Tooth und zwar unter der Protektion des Prinzen von Wales und seiner 2 Brüder, der Herzöge von Edinburgh und Comanicht, des französischen Botschafters Waddington, des englischen Botschafters in Paris, Lord Dufferin u. s. w. untergebracht werden. In künstlerischer Hinsicht wird die Meissonier-Ausstellung unter dem Patronat Frederic Leighton's, des Präsidenten der königlichen Akademie, Sir Johns Millais und Alnada's stehen. Außer den Gemälden, Zeichnungen, Stichen und Studien, welche die Pariser Meissonier-Ausstellung bildeten, wird die Londoner Ausstellung eine bestimmte Anzahl von Werken französischer Meister einbegreifen, welche englischen Kunstliebhabern und Sammlern angehören. Lady Wallace wird die Ausstellung mit einigen bedeutenden Stücken beschenken, und man hofft, daß die Königin ihre Zustimmung dazu geben wird, daß in den Gallerien Tooth's auch „La Rixe“ (der Zweikampf), das Meisterwerk Meissonier's, welches sich im Palast Buckingham befindet, ausgestellt wird.

Unter diesen Umständen ist der Meissonier-Ausstellung von vornherein der größte Erfolg gesichert, was um so wünschenswerther ist, als der Meissonier der Eintrittsgelder zu Wohlthätigkeitszwecken in England und in Frankreich bestimmt ist. Der Gesamtvertrag wird in einem bis jetzt noch nicht bestimmten Verhältnis zwischen dem französischen Spital in London einerseits und andererseits dem Spital in Paris und dem Hospiz von Beilly vertheilt werden.

Die Mode, sich tätowiren zu lassen, verliert sich immer mehr bei den Matrosen und den Soldaten, wo diese etwas barbarische Zierde einzig und allein in Ehren stand. Erstent werden Ihre Leser bei der Nachricht sein, daß das Tätowiren angefangen hat in der hohen Aristokratie Großbritanniens in die Rechte der Mode einzutreten. Heute besteht der ausserwählte „Cic“ und die höchste Eleganz seitens des Kanals darin, sich tätowiren zu lassen. Daß diese barbarische Zierde sich tatsächlich in den höchsten Kreisen eingebürgert hat, dafür zitiere ich glaubwürdige Autoritäten. Schon früher haben sich der verstorbenen junge Herzog von Clarence, der Prinz Albert Viktor und der Herzog von York, der Prinz Georges von Wales in Japan tätowiren lassen. Eine Erzählung der Operation selbst befindet sich in einem offiziellen Werk, welches den Titel trägt: „Die Streifzüge der „Bachante“, des königlichen Schiffes.“ Wir entnehmen dieser Erzählung folgende Sätze:

„Heute, am 28. Oktober, sind wir zum Feiertag um 1/10 Uhr zurückgekehrt und der Tätowirkünstler hat hierauf unsere Arme fertig gearbeitet. In drei Stunden zeichnete er einen großen blauen und roten Drachen, welcher sich von der Schulter bis an das Kniegelenk erstreckte. Der Operateur hieß unsere Haut zwischen dem Daumen und dem Zeigefinger der rechten Hand zusammen und stach uns mit seinem Instrument, welches er in der linken Hand hielt. Unser Tätowirkünstler hat den Körper ganz bedeckt mit wunderbaren Tätowirarbeiten, welche seiner Haut den Schein eines reich gestickten Seidenstoffes geben.“

Fügen wir dem hinzu, daß der Herzog von Edinburgh ebenfalls durch einen japanischen Künstler an verschiedenen Körpertheilen tätowirt worden und daß eine große Anzahl der Mitglieder der englischen Aristokratie sich auf ihre Brust ihr Wappenschild oder ihre Devise eintätowiren lassen. — Ueber die Geschmäcker läßt sich eben nicht streiten.

London, 6. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantragte Gladstone die zweite Lesung der Homerule-Vorlage und verknüpfte damit eine längere Rede, in deren Eingänge er dem Hause zu bedenken gab, ob es nicht angezeigt wäre, die Homerulefrage, die das Land bereits sieben Jahre beschäftigt und bei zwei Wahlen eine Rolle gespielt habe, endlich zum Austrage zu bringen. Irland habe im Grunde genommen die Unionallte niemals angenommen, es scheine fest eingeschlossen zu sein, nicht zu raten, bis der Wechsel, den es verlange, vom Hause der Gemeinen gewährt worden sei. Die gegenwärtige Regierung sei bestrebt, zwischen Großbritannien und Irland den Hergensbund herzustellen, der einst bestanden habe und wiederbestehen werde, wenn die Maßregeln ergriffen würden, welche die gesunde Vernunft vorschreibe. Die irische Frage sei der Fluch des Hauses der Gemeinen und ein großes ständiges Hinderniß der wirksamen Erfüllung seiner Pflichten. In Irland herrsche keine Friedevidheit, die Ungerechtigkeit der Verwaltung Irlands sei von keinem Geschichtsschreiber in Abrede gestellt worden. Sodann lenkte Gladstone die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Erfahrung von Homerule in anderen Ländern. Er behauptete, das Zugeständnis von Homerule habe, falls es nicht unter Anwendung von Zwang erfolgte, niemals erlangt, die Abhängigkeit der Empfänger an die ertheilende Macht zu fördern. Selbstständige Bereinigungen seien in allen Fällen von Erfolg, entweder vollkommenem oder doch beträchtlichem, begleitet gewesen. Sei nicht Oesterreich-Ungarn ein Fall von beträchtlichem Erfolge? Können man nicht auch auf Norwegen und Schweden hindeuten? Diese Länder waren für ein gegenseitiges Hindischnen gerüstet, als sie durch das Vorgehen Europas geeinigt wurden. Jetzt hätten sie einen achtzehnjährigen Frieden. Was Deutschland betreffe, so sei es unmöglich, sich einen stärkeren oder lehrreicheren Fall zu denken. Dieses Reich sehe in der vollen Weise die Nothwendigkeit ein, nicht zu versuchen, sich in inneren Verwaltungsangelegenheiten seiner Staaten zu mischen, ausgenommen mit deren Zustimmung, und sich lediglich auf reine Reichsangelegenheiten zu beschränken. In den Vereinigten Staaten befänden die Staatsregierungen fortgesetzt in ungeschmälterter Geltung für innere Interessen, wer daran rütteln wollte, würde als wahlwüthig betrachtet werden. Zwischen den britischen Kolonien und dem Mutterlande herrsche, nachdem erstere die Selbstständigkeit der Gesetzgebung erhalten, jetzt Eintracht statt des früheren Zwistes. Nachdem Gladstone noch die Frage der Beibehaltung der irischen Abgeordneten im Reichsparlament, sowie die künftige Gestaltung der Finanzen Irlands eingehend erörtert hatte, schloß er: Die irische Frage sei im strengsten Sinne des Wortes eine nationale geworden. Der Regierung biete sich das Schauspiel einer Nation dar, die fest entschlossen sei, Irland Gerechtigkeit zu erweisen und durch kluges, fluges, gutes Handeln die Interessen ihrer Ehre zu wahren. Nachdem Gladstone unter stürmischen Anhaltenden dem Beifall seiner Anhänger gedenkt hatte, beantragte Sir Michael Hicks-Beach die Verwerfung der Vorlage.

## Rußland.

Petersburg, 3. April. Im verfloffenen Monat haben sämtliche Truppentheile der Petersburger Besatzung längere, mit Geschüßübungen verbundene Wintermärsche unternommen. Es kam hierbei namentlich die Thätigkeit der Artillerie in Deckungen, die aus tiefem Schnee geschaffen wurden, sowie die Verwendung der Infanterie auf Schneeschuhen zur Geltung. Die Ergebnisse waren, wie man hier erzählt, durchaus befriedigend. Besonders leisteten die jedem Truppentheile angehörigen Freiwilligen- oder Jäger-Abtheilungen im Porposien- und Erkundungsdienst vorzügliches. In ihrer Schaffung hat die russische Kriegsverwaltung zweifellos einen vorzüglichen Griff geworfen. Bei einer dieser Winterübungen hat auch der Großfürst-Thronfolger als Bataillons-Kommandeur im Probirschenschen Garde-Regiment



